

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 63 (1983)
Heft: 11

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mahlt unsere Gesetzesmühle zu langsam?

Fast jedesmal, wenn Probleme akut werden, erfolgt der Vorwurf an Politiker und Behörden, sie hätten «getrödelt» und geschlafen. Das ist gegenwärtig im Zusammenhang mit dem «Waldsterben» der Fall. Dem Parlament und dem Bundesrat wird der Vorwurf gemacht, sie hätten das *Umweltschutzgesetz* allzu lange vor sich hergeschoben. Eine solche Kritik kann nicht einfach unter den Tisch gewischt werden, denn es geht letzten Endes um die Glaubwürdigkeit unseres politischen Systems.

Tatsache ist, dass das Schweizervolk Mitte 1971 mit überwältigendem Mehr einen Verfassungsartikel über den Umweltschutz gutgeheissen hatte, und dass der Bundesrat danach sofort die gesetzgeberische Arbeit einleitete. Zunächst war eine kleine Arbeitsgruppe am Werk, die anfangs 1973 durch eine ausserparlamentarische Expertenkommission ersetzt wurde. Bereits 1974 ging ein Gesetzesentwurf in die Vernehmlassung, wobei sich sofort zeigte, dass er keine ausreichende politische Basis erhalten würde. Daraufhin erarbeitete das zuständige Departement eine neue Konzeption in Form von Thesen, die sowohl bei den Kantonen wie bei den Wirtschaftsorganisationen und Umweltschutzkreisen mehrheitlich Zustimmung fanden. Inzwischen war es Herbst 1976 geworden. Die formale Ausarbeitung des Gesetzes durch eine

Expertengruppe nahm daraufhin weitere zwei Jahre in Anspruch, so dass die Botschaft des Bundesrates zuhanden des Parlaments erst im Oktober 1979 reif zur Publikation wurde. Die Bundesversammlung ihrerseits brauchte knapp vier Jahre, um das Gesetz zu bereinigen und definitiv zu verabschieden.

Zwölf Jahre dauerte es also; und es ist verständlich, dass dies unter den heutigen Umständen als sehr lang empfunden wird. Bei näherem Zusehen zeigt sich allerdings, dass bei grossen Gesetzeswerken eine Entstehungsdauer von zehn und mehr Jahren ganz und gar keine Seltenheit ist, besonders dann nicht, wenn es sich teilweise um völliges Neuland handelt. Beim Umweltschutz spielten darüber hinaus zweifellos der Zusammenbruch der Hochkonjunktur und die damit völlig veränderte Perspektive der wirtschaftlichen Tragfähigkeit ihre Rolle.

Neben den sachlichen Gründen, die zu dem langwierigen «Erdauern» führen, muss dabei selbstverständlich immer auch der referendumspolitische Gesichtspunkt berücksichtigt werden. Hätte der Bundesrat 1974 trotz dem negativen Echo in der Vernehmlassung nach einigen Modifikationen einfach weitergemacht, so wäre mit Sicherheit das Referendum ergriffen worden; und eine negative Volksabstimmung hätte dann unweigerlich zu einer wei-

teren massiven Verzögerung in der Grössenordnung von mehreren Jahren geführt.

An diesem verhältnismässig zähen Ablauf der gesetzgeberischen Arbeit liesse sich nur dann etwas ändern, wenn das Gesetzesreferendum abgeschafft und dann auch noch auf das Instrument des Vernehmlassungsverfahrens verzichtet würde. Damit würde man Jahre gewinnen, hätte dann aber mit Sicherheit weniger ausgereifte Gesetze, denen ein breiter Konsens abgehen würde. Im übrigen ist gerade der Umweltschutz ein Beispiel dafür, dass kaum je von Null auf legiferiert werden muss. Im Jahr 1982 wurden in der Schweiz nicht weniger als 3,2 Milliarden Franken für den Umweltschutz aufgewendet. Ganze Wirtschaftszweige – wie etwa die Zementindustrie – haben längst von sich aus grosse Anstrengungen zur Beseitigung der Immissionen unternommen. Die Basler Grosschemie verwendet seit Jahr und Tag zehn und mehr Prozent

ihrer Investitionen für den Umweltschutz.

Darüber hinaus zeigt eine Zusammenstellung der bisher gültigen rechtlichen Grundlagen, dass es schon vor dem Umweltschutzgesetz nicht weniger als 41 Gesetze und Verordnungen gab, welche verschiedenste Teilsaspekte des Umweltproblems abdeckten. Dazu kamen sechs bilaterale Umweltverträge mit Nachbarstaaten und Anstössern des Rheins. Unser Land ist ausserdem an 29 multilateralen Verträgen über Umweltschutz beteiligt.

Man wird somit sagen dürfen, dass der Umweltschutz hierzulande keineswegs erst kürzlich erfunden werden musste und dass auch unsere gesetzgeberische Maschinerie nicht ganz so schlecht ist, wie heute da und dort angenommen wird. Sie ist nicht auf Hektik angelegt; das ist wahr. Doch das ist im ganzen gesehen alles andere denn ein Nachteil.

Richard Reich

Wirtschaftspolitiker ohne Werte sind wertlose Wirtschaftspolitiker Oder: von der Furcht vor Ideologien

«Ideologie» ist ein schillernder Begriff. Er huscht wie ein verummumpter Kobold auch durch die wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Landschaft. Und er treibt seinen Schabernack, weil er die Kunst, die Menschen an der Nase herumzuführen, fast vollkommen beherrscht. Damit gelingt es ihm

immer wieder vorzüglich, *Verwirrung* und Unruhe zu stiften. Und so kommt es denn, dass ihm sowohl hohe Bewunderung wie kühle Verachtung, hingebungsvoller Respekt wieverständnislose Abneigung entgegenschlägt. Er ist für die einen ein unbestechlicher Zeuge und für die anderen gleichzeitig

ein ungeliebtes Kind. Von der Parteien Gunst und Hass verwirrt, schwankt sein Charakterbild jedenfalls in der Geschichte.

Dieser Sachverhalt ist eigentlich eher erstaunlich, denn hinter dem Begriff der Ideologie versteckt sich absolut nichts Geheimnisvolles oder gar Undurchdringliches. Die Ideologie als «*Lehre von den Ideen*» bringt lediglich zum Ausdruck, dass neben der Welt der Naturwissenschaften, der streng kausalen Beziehungen im physikalisch-mathematischen Sinne, noch eine andere Welt steht, nämlich der Macht der Ideen, der Grundeinstellungen prägenden Überzeugungen und Wertungen, der philosophischen Systeme, die naturwissenschaftlich rational nicht mehr fassbare, aber die Menschen *bewegende* Phänomene, wie etwa die Gerechtigkeit oder die Solidarität, in eine transparente und mithin erkennbare «Struktur» giessen wollen.

Ein Blick in die Jahrhunderte lehrt, dass die geschichtsprägenden und das Schicksal der Menschheit massgeblich bestimmenden Bewegungen letztlich nur *ideengeschichtlich*, also ideologisch, zu verstehen sind. Die Historiker haben die grossen geistigen Strömungen, die ihre Faszination aus dem Spannungsfeld gegensätzlicher Wertvorstellungen bezogen haben – und weiter beziehen –, längst katalogisiert und mit Etiketten versehen. Im wirtschaftlichen Bereich etwa zieht sich die Kette von den Philosophen des antiken Griechenland über das Mittelalter (Scholastik) zu den Merkantilisten und Physiokraten und schliesslich zu den Klassikern bzw. den antiklassischen Lehren (Sozialismus und Kommunismus), aus denen der alles überschattende *Wertkonflikt* des 20. Jahr-

hunderts herausgewachsen ist, nämlich jener zwischen liberal-freiheitlichen und kollektiv-sozialistischen Ordnungsbildern. Alle diese Strömungen werden in der Sicht ihrer Protagonisten von einer sittlich-ethischen Grundeinstellung getragen. Sie reklamieren für sich die Eigenschaft, Massstäbe in bezug auf das, was sein *soll*, zu setzen. Und sie tun dies mit menschheitsbe-glückenden Absichten, wenn vom Fall ihres Missbrauchs zur vordergründigen Verteidigung von politischen Machtpositionen einmal abgesehen wird. Insofern haben sie alle einen normativen – im Gegensatz zu einem positivistischen – Charakter.

Es ist nun das «Verhängnis» von normativen, von wertbezogenen Aussagen, dass sie sich wissenschaftlich weder beweisen noch widerlegen lassen. Es kann wissenschaftlich nicht hieb- und stichfest fixiert werden, ob sie «richtig» oder «falsch» sind. Dies mag einer der Gründe dafür sein, dass die Equilibristen, die sich in den Wirtschaftswissenschaften mit Vorliebe auf dem hohen Seil der positivistischen Theorien aufhalten, Wertprobleme ins akademische Armenhaus verbannen, weil sie eben in die Überzeugungs- und Glaubenssphäre hineinragen und deshalb nicht mehr zum «harten Kern» streng wissenschaftlichen Denkens zu zählen sind. Weil Werte durch den Raster der wissenschaftlichen Objektivierbarkeit fallen, ist aber auch kein logischer Grund für die Annahme zu finden, dass es der Menschheit dereinst vergönnt sein könnte, sich in einem *Wertkonsens* zu einigen. Die Welt der Wirklichkeit ist eine solche von Wertkonflikten. Die Harmonie der konfliktfreien Gesellschaft kommt nur in der Vision vor. Und sie ist in der Ge-

schichte schon immer, seit die Menschen zu denken und sich in Gesellschaften zu organisieren gelernt haben, beschworen worden. Marx war nur einer unter vielen.

Was folgt daraus für die *Wirtschaftspolitik*? Vor allem dies: es gibt *keine* wertfreie Wirtschaftspolitik. Sie muss auf Ziele ausgerichtet sein. Ziele aber sind Werte. Am Anfang steht ein Wertbekenntnis. Ob die Produktionsfaktoren verstaatlicht werden sollen, ist in erster Linie eine Wertungsfrage; sie ist selbstverständlich auch an ihren Konsequenzen zu messen, die sie in der Funktionalität der Wirtschaftsordnung auslöst. Ob der Sinn (Zweck) wirtschaftlichen Handelns sich in einer möglichst optimalen Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen erschöpfen soll, kann nur auf einem wertbezogenen Hintergrund entschieden werden. Es wären andere Zwecke oder Ziele wirtschaftlichen Handelns durchaus denkbar. Und solche werden denn ja auch in den wirtschaftspolitischen Raum gestellt.

Ideologische Überlegungen gehören deshalb zur Wirtschaftspolitik wie das Fruchtfleisch zum Kern einer voll aus-

gereiften Aprikose. Ideologisches Denken und Debattieren ist weder unanständig noch ein Zeichen hinterwäldlerischer Rückständigkeit, sondern schlicht eine Notwendigkeit. Ideologisches Politisieren kann konservativ oder progressiv, kann rückständig oder visionär fortschrittlich sein. Über diese Qualitäten ideologischer Orientierungspunkte entscheiden die (wertbezogenen) Argumente. Um die Fixierung eines ideologischen Standortes aber kommt kein Wirtschaftspolitiker herum, wenn er sein Geschäft redlich betreiben will. Er kann dies, was erwünscht wäre, offen, oder, was eher fragwürdig erscheint, verschämt, unter Ausschluss der Öffentlichkeit tun. Ein Wirtschaftspolitiker ohne Werte aber wandelt sich zu einem *wertlosen* Wirtschaftspolitiker. Die Angst vor der Ideologie schlägt sich in Grundsatzarmut oder, im Extremfalle, in Grundsatzlosigkeit nieder. Ein wertloser Wirtschaftspolitiker hat den Kompass aus der Hand gegeben, mit dem er seinen Standort bestimmen kann. Es ist ihm deshalb vorerst einmal zu misstrauen.

Willy Linder

Wankende Diktatoren

Kein Tag vergeht ohne dramatische Vorgänge in Chile, den Philippinen, Pakistan. Massendemonstrationen erschüttern die Diktaturen von Pinochet, Marcos, Zia. An der Unpopulärität dieser Führer kann offenbar

kein Zweifel herrschen. Repression oder vorsichtige Öffnung – nichts scheint mehr die Richtung umzukehren, der aktiven Ablehnung Inhalt zu gebieten. Hier Bajonette – dort das Volk; so einfach stellt es sich

dar. Und wir wissen oder glauben zu wissen: niemand kann ewig auf Bajonetten sitzen.

Es dürfte wenige Beobachter geben, die hinreichende Kenntnis von drei derart verschiedenen Staaten besitzen wie den genannten. Auch geht es hier weder um Analysen noch um Prognose. Vielleicht ist einer der Diktatoren schon gestürzt, wenn dieser «Blickpunkt» erscheint. Vielleicht halten sich erschütterte Regimes länger als prophezeit wird.

Eines aber ist gewiss: wenn innere Oppositionskräfte stark genug sind, um diese Führer, diese Regimes zu stürzen, so steht keine Grossmacht hinter ihnen, die sie stützt. Das heisst: die Vereinigten Staaten sind auch unter konservativer Präsidentschaft kein verlässliches «Bollwerk der Reaktion».

Dass Präsident Carter den Schah von Iran nicht stützte, wurde ihm von Konservativen vorgeworfen, doch ist Zweifel am Platz, ob sein Nachfolger Reagan anders gehandelt hätte und ob das Halten wankender Regimes auf die Dauer noch wie in manchen Fällen einst zu den Möglichkeiten der USA gehört. Das hat sowohl mit der Macht der öffentlichen Meinung zu tun wie mit dem Fehlen des Instrumentariums und der Tradition einer auf lange Sicht konzipierten Aussenpolitik. Ob der eine Faktor positiv, der andere negativ bewertet wird, ist in diesem Zusammenhang irrelevant. Es sind Gegebenheiten.

Die viel diskutierte «Entstabilisierung» Allendes, zu der sich Henry Kissinger bekannte, hatte den tiefreichenden Popularitätsschwund des von einer militanten Minderheit getragenen Regimes zur Voraussetzung;

er war, wie alle neueren Untersuchungen erweisen, bestimmend. Doch war sie eher möglich als die Stützung von aussen eines erodierten Regimes.

Hier aber besteht ein wesentlicher Unterschied, eine Asymmetrie zwischen den beiden gegenwärtigen Weltmächten. In Polen hält sich mit Armee und Polizei ein bankrottes Regime, dessen eigene Vertreter wieder und wieder das Scheitern zugegeben haben, aber verheissen, unter den gleichen Voraussetzungen es diesmal besser zu machen. Im Westen hätte sich ein Regime dieser Art nicht gehalten, selbst wenn seine Stabilität in amerikanischem Interesse gelegen hätte.

Die Führung der Sowjetunion, die spätestens seit Chruschtschews Sturz wahrscheinlich eine kollektive Führung ist, und nicht jeweils «Breschnjew» oder «Andropow», hat die Macht, die Bereitschaft und die Instrumente, um in ihrem Bereich solche Regimes zu halten. Ob Einmarsch, Besetzung oder «Selbstbesetzung» – ob Ungarn, Tschechoslowakei oder Polen, in jedem Fall ist die angewandte oder anwendungsbereite Macht Moskaus entscheidend gewesen und bleibt es.

Die Abhängigkeit kann verschiedene Formen annehmen – sie ist verglichen mit der Stalinschen Phase weniger mit wirtschaftlicher Ausbeutung verbunden, ja, sie mag die imperiale Macht sogar wirtschaftlich viel kosten, statt ihr etwas einzubringen.

Doch geht es um «politique d'abord». Das Herrschaftsmonopol einer kommunistischen Partei soll als das Modell der Zukunft gelten, alle anderen politischen Formen nur als

Relikte, die der «Fortschritt» wegräumen wird. Daher die Unsinnigkeit aller Spekulationen, dass zugunsten einer gesamtdeutschen Neutralität das Regime der DDR geopfert werden könnte.

Die krisengeschüttelten Regimes des Ostblocks können sich unbegrenzt halten. Dazu kommt – Prof. Hecker weist darauf hin –, dass auch im Westen «Destabilisierungen» des Sowjetblocks mehr gefürchtet als erhofft werden. Darin gibt es keine Reziprozität.

Südeuropäische Diktaturen – Spanien, Portugal, später Griechenland – galten vielen als amerikanisch gestützt; sie sind zusammengebrochen. Seither gilt für Europa die Symmetrie «Eure Diktaturen – unsere Diktaturen» nicht mehr. An der Rhetorik hat das

erstaunlich wenig geändert. Die nicht-sowjetische Welt – der «Westen» ist nur ein Teil davon – besteht aus einigen Demokratien und vielen nicht-demokratischen Staaten. Doch ein System zur dauerhaften Stützung versagender Diktaturstaaten ist sie nicht; dieser Unterschied gegenüber der Sowjetunion mag manchen neukonservativen Ideologen als Schwäche erscheinen, muss aber neutral gesehen werden – als Evidenz, dass es nicht zwei voll imperiale Systeme gibt, sondern nur eines, das sowjetische. Wahrlich kein Grund, Pinochet, wenn er den Platz räumt, nachzuweinen – doch wie kommt es, dass wir dieses Abgangs so gewiss sind wie der extremen Unwahrscheinlichkeit, jenen andern General in Warschau abtreten zu sehen ?

François Bondy

Weltgeschichte als Komödien-Collage

«Achterloo» von Friedrich Dürrenmatt

Als Dürrenmatts komödiantisch-kabarettistisches Welttheater noch neu war, sprachen die Theologen bald einmal vom Ärgernis dieses Dramatikers, den sie gern zum Glaubenszeugen gemacht hätten und der ihnen den Spass ebenso nachhaltig immer wieder verdarb. Ein Ärgernis zu sein, befördert den Ruhm in diesen Zeiten; aber Ärgernisse sind schliesslich machbar. Er habe, so liest man in «*Stoffe I-III*», seit der Uraufführung von «*Ein Engel kommt nach Babylon*» in München alles, was er für das Theater geschrieben habe, in einem Gefühl der «Bühnenohnmacht» verfasst, auch im Ge-

fühl, er befände sich in «Feindesland». Denn damals sei ihm deutlich geworden, dass seine Welt, aus der er komme und die er in eine andere Welt umwandle, für einen Aussenstehenden unverständlich sein müsse. Weil dieser Aussenstehende das Theaterpublikum darstelle, müsse die Wirkung, die sein Theater erziele, auf Zufall beruhen. Und wörtlich dann: «*Durch Zufall kam mein Ruhm zustande, durch Zufall der Abbau des Ruhms. Als Dramatiker bin ich ein unvermeidliches Missverständnis.*»

Über «*Achterloo*», die neue «tragische Komödie» aus seiner Werkstatt,

sind derzeit die Zeitungen voll. Man spricht darüber und wird darauf angesprochen. Eine Meinung oder Ansicht darüber zu äussern, wird beinahe zur gesellschaftlichen Pflicht. Wer aber ehrlich ist und nicht flunkert dabei, muss zugeben, dass das gar nicht so leicht, dass es vielmehr sehr schwierig ist. Ein Ärgernis ist dieser produktive Schriftsteller noch immer, wenn auch vielleicht in einem etwas anderen Sinne, als die Theologen von einst es gern verstanden hätten. Denn was er – zum Beispiel die Darstellerin des Kardinals Richelieu – in «*Achterloo*» über den unausrottbaren Hang zum Cäsaropapismus phantasieren lässt, ist kein Affront mehr. Und wenn der tief enttäuschte und verzweifelte Kardinal erkennt, dass «*die Theologie und die Ideologie nur im menschenleeren Raum wahr*» sind, so löst das im Publikum gar Beifall aus. Das Ärgerliche aber ist, dass die Spässe und die effektvollen Gags, mit denen er sein Welttheater spickt, den Zuschauer zugleich unterhalten und verunsichern. Er hat für alle gesorgt, selbst für die Anspruchslosesten, denen er Scherze wie den vom schwarz gehandelten Emmentaler im Ostblock, von Karl Marx in zweifacher und zuletzt gar vierfacher Person, auf der Bühne wandelnden Beweisen einer Identitätskrise, vorsetzt, wobei diese Marx-Brothers erst noch mehr Interesse für Bonapartes Herrenmagazin mit den nackten Mädchen zeigen als für die schlimmen Welt- und Zeitläufte.

Die Weltgeschichte ist in dieser Komödien-Collage eine Trödlerbude, und am Schluss zeigt sich, dass sie ein Tollhaus ist. Da stehen denn die Requisiten vergangener Macht herum, Napoleons Feldbett aus dem Lager von

Waterloo, im Hintergrund eines der edlen Pferde der entführten Quadriga von San Marco. Der Dreispitz und der Lorbeer, der Krönungsmantel und die Stiefel des Kaisers sind die Kultgegenstände, mit denen die Patienten der Anstalt ihre therapeutischen Rollenspiele spielen. Sie improvisieren mit dem Stoff, den sie aus der Geschichte kennen. Sie kennen sich ferner in Friedrich Dürrenmatts Theaterstücken aus, so dass einige ihrer Dialoge wie Variationen aus den «*Physikern*», aus «*Romulus der Grosse*» oder auch aus dem «*Mitmacher*» klingen. Einige von ihnen sind überhaupt literarisch gebildet. Nicht nur der Darsteller des Woyzeck, auch derjenige Bonapartes kennt seinen Büchner. Und dann natürlich sind sie Zeitgenossen dessen, was zwischen den beiden waffenstarrenden Machtblöcken geschieht, in Polen zum Beispiel. Schliesslich sehen sie, wenn sie nicht gerade den Napoleon-Film mit Charles Boyer und der Garbo am Fernsehen eingeschaltet haben, auch Nachrichten über den Kampf um freie Gewerkschaften, über die undurchsichtige Rolle des Kardinals Glemp und des Vatikans, über den General Jaruzelski, der sein Gesicht hinter einer riesigen Dunkelbrille versteckt. Das Requisit ist leicht zu beschaffen. Der Bonapartedarsteller spielt von Anfang an damit und also auch mit der Möglichkeit, in die Rolle des polnischen Generals zu schlüpfen. Aus Richelieu wird dann Glemp, aus dem Ketzer Jan Hus wird Walesa. Und Dürrenmatt scheint sagen zu wollen, die Verhängung des Kriegsrechts durch Jaruzelski habe Schlimmeres verhütet, sei also eine in seinem Sinne «mutige» Tat. Helden und Märtyrer, Kämpfer für Freiheit und Selbstbe-

stimmung seien eine Gefahr. Das sind sie zweifellos.

Er hat es nicht darauf angelegt, dass sein Schachspiel mit dem Personal aus Madame Tussauds Etablissement aufgeht. Was er, in der alten, in der offensichtlich nicht mehr neuen Sprache des antiillusionistischen Theaters – ein Trödlerladen ist diese neue Komödie auch in dieser Hinsicht – vorbringt, lässt Fragen offen und ist widersprüchlich. Sein Stück hat starke, aber es hat auch schwache Stellen. Es hat Bühnensinnlichkeit, aber keine Evidenz, um es paradox zu sagen. Aber es macht im ganzen doch einen Weltzustand bewusst, es reflektiert, was man – alles in allem bedacht – mit guten Gründen den Wahnsinn der Gegenwart nennen kann. Es ist eine «tragische» Komödie. Vielleicht ist der Vergleich mit Aristophanes auch hier noch möglich. Aber der hatte es in seinen Komödien denn doch mit verhältnismässig harmlosen Gebrechen der Gesellschaft zu tun.

Schwache Stellen, sagte ich: Erst am gedruckt vorliegenden Text wird man entscheiden können, ob sie dem Dramatiker, ob sie der Inszenierung durch *Gerd Heinz* und das Ensemble des Schauspielhauses anzulasten seien. So etwa bleiben in der Uraufführung die Funktion und die Rolle der Marion, Woyzecks Tochter und des Arbeiterführers geheime Verbündete, seltsam unklar, auch wenig überzeugend in dem, was ihr als einer Art männerverschlingenden Mata-Hari im Stück zugedacht ist. Das Marx-Quartett ist eine Kabarettpointe, die zu lange auf der Bühne ausgewalzt wird. Von den biligen Spässen sprach ich schon. Der Bonapartedarsteller, in der Maske verblüffend seinem Vorbild gleichend, ist von abendfüllender Präsenz und Aus-

strahlung, dennoch nicht frei von Manneriertheiten und zu oft von einem Hang zum Schreien. Verdeckt er da leere Stellen im Text, oder überbrückt er nur eigene Schwierigkeiten mit dessen Interpretation? Stark indessen ist im ganzen die Bühnenwelt, die Friedrich Dürrenmatt erdacht und erfunden hat, der kühne Entwurf, der ihm erlaubt, politisches Denken, globale Visionen, historische Gesamtschau auf der Bühne herzustellen. Den Machern aus dem Geschichtsbuch stellt er die Gestalt aus dem Dramenfragment Georg Büchners entgegen, *Woyzeck*, die gequälte Kreatur, das dumpfe, verhängte Dasein. Die Rolle hat nicht viel Text, aber einigen davon aus Büchners Dichtung, virtuos eingesetzt in die Farce vom drohenden Weltuntergang. Die Figur, in der Darstellung durch *Jürgen Cziesla*, geht ans Herz. Der andere Name, den ich nennen möchte, ist der von *Maria Becker*: Wie sie den Kardinal Richelieu zuerst seine Utopie einer weltumspannenden «marxistischen Kirche» entwickeln lässt und wie sie dann – eine Havanna paffend – des Kardinals Verzweiflung und späte Einsichten (die sich hier mit Dürrenmatts Ansichten decken) drastisch darstellt, das ist der Höhepunkt der Aufführung, eine grosse Nummer.

Eine Zeitlang war Dürrenmatt weg vom Theater. Der Versuch, mit dem Franco-Stück «*Die Frist*» erneut auf den Brettern Fuss zu fassen, schlug fehl. Dürrenmatt, produktiv wie in jungen Jahren, schrieb seine grossen Essais, schrieb die gewaltige Prosa des Bandes «*Stoffe I–III*», die fortgesetzt werden soll. Jetzt aber ist er mit «*Achterloo*» auf die Bühne zurückgekehrt.

Anton Krättli